

Zum dritten Mal lud die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) zu dem Wartburg-Gespräch ein. In historischer Kulisse fanden sich ca. 80 Teilnehmer aus ganz Deutschland ein, um gemeinsam mit den Referenten die aktuelle Situation Europas zu diskutieren.

Frau Dr. Piepenschneider, die Leiterin der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung eröffnete die Veranstaltung, in dem sie die Aktualität des Veranstaltungsthemas „Europa ohne Frieden“ unterstrich. Besonders vor dem Hintergrund der aktuellen kriegerischen Entwicklungen, sei die Frage, wie sich Europa zukunftsfähig aufstelle wichtiger denn je, so Dr. Piepenschneider. Die Ereignisse der letzten Monate haben deutlich werden lassen, dass Freiheit und Frieden Güter sind, die immer wieder aus Neue erkämpft und verteidigt werden müssen – auch in Europa.

Das erste Forum der Tagung widme sich deshalb dem Thema „europäisches Gesellschaftsmodell“. Im zweiten Forum werde dann das Thema Nachhaltigkeit und die mit Ressourcenbesitz einhergehende Möglichkeit der Ausübung von wirtschaftlicher und politischer Macht angesprochen - eine Frage, die für das eher ressourcen-arme Europa von strategischer Bedeutung ist. Das dritte Forum thematisierte die internationale Vernetzung durch das Internet und die daraus resultierende Verwundbarkeit durch Cyberwar.

Prof. Michael Rutz, freier Journalist und zuvor Chefredakteur der Zeitschrift „Rheinische Merkur“, moderierte die Foren. Der Bruch mit den „letzten 60 Jahren, welche in Frieden“ verbracht worden, sei laut Prof. Rutz eben genau der Schwerpunkt dieser Veranstaltung. „Demokratie ist liberal und freiheitssichernd“ und muss, so Prof. Rutz weiter, verteidigt werden.

Mit diesen Erläuterungen leitete er über zum Thema des ersten Forums „Demokratie unter Druck. Welches Gesellschaftsmodell für Europas Bürger?“.

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Johannes Singhammer MdB, verwies zunächst auf die frühe europäisch geprägte Geschichte der Wartburg in der Person der aus Ungarn stammenden Heiligen Elisabeth. Doch die Weltlage hätte sich seit diesen Tagen drastisch verändert. Panzer, welche für jüngere Generationen längst

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

Sarah Duryea

September 2014

<http://www.kas.de/thueringen/de/events/59891/>

zur Vergangenheit angehören, würden nun in der Ukraine eingesetzt. Menschen, welche erst vor wenigen Jahren ihre Freiheit erhielten, leben seit Monaten in Angst. Singhammer sprach von Kriegen zwischen Zivilisation und Antizivilisation wie man sie zum Beispiel momentan in Westafrika oder dem Irak beobachten kann. Diese Kriege sind „nicht nur militärisch oder militärstrategisch bestreitbar“. Man muss sich die Frage stellen, ob Europa bereit ist, den Preis für die Freiheit anderer zu bezahlen oder ob man abgeriegelt leben will und die Probleme ausblendet, so Singhammer weiter. Er betonte die Wichtigkeit von Toleranz gegenüber anderen Kulturkreisen, man müsse aber auch wissen, wann man falscher Toleranz nacheifert. Es sei von Bedeutung, dass man Respekt mitbringt aber man müsse auch benennen, wo Respekt nicht mehr angebracht sei. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat sich vor einigen Tagen öffentlich für ein Verbot der Islamischen Staat Gruppierung ausgesprochen und hat somit die Herausforderung angenommen. Mit der Annahme eines Problems endet es jedoch nicht; Singhammer argumentierte, dass es gerade jetzt wichtig ist, über Europas Verteidigungsfähigkeit zu sprechen. Die Frage, ob man den Verteidigungsbeitrag Deutschlands von 1.3% auf 2% des Bruttoinlandsprodukts erhöht, fällt dabei immer wieder. Der Preis für Frieden steigt täglich und Europa ist bei der Friedensbewahrung unentbehrlich. Aus diesem Grund, so Singhammer, sei die Mitgliedschaft in der Europäischen Union auch so attraktiv für viele osteuropäische Länder. Die EU stehe für Freiheit, Entfaltung und Vielfalt sowie akzeptierte Unterschiedlichkeit. Man könne dies besonders deutlich am Gebrauch vieler Sprachen in Europa erkennen.

Joachim Hake, Direktor der Katholischen Akademie Berlin, stellte vor dem Hintergrund der islamistischen Gruppierungen die provokante Frage, ob Religionen per se eine Bedrohung für die Demokratie seien. Gerade die Erwartungen und Anforderungen an den Vorsitzenden des Rates der Muslime seien momentan besonders hoch, da der Islam von manchen als antidemokratisch bezeichnet würde. Hake sieht die großen Religionen schon immer im Konflikt miteinander, allerdings, und das sei wichtig, ließen sie einander immer bestehen. Der Fokus der Diskussion muss jedoch weniger auf den Islam und mehr auf das Christentum und die parlamentarische Demokratie gelegt werden. Der ‚Boden‘, welchen Hake als begriffliche Metapher für die Grundbausteine unseres Wertesystems nutzte, verändere sich; die „tektonische Verschiebung dieses Bodens“ finde momentan statt. Er nannte dabei Säkularisierung und Pluralisierung aus denen sowohl Lebendigkeit als auch Zersplitterung entstehen würden. Dies habe zur Folge, dass die Religionen eine Dekulturation durchlaufen. Diese Dekulturation sei gefährlicher als jeder Monotheismus. Hake nannte als Lösung zu diesem Problem die Stärkung der Kulturen inklusive alltäglicher Routinen der EU-Identitätsbildung.

Die anschließende Diskussion bewegte die Frage der Grenzen der Vielheit bzw. bis zu welchen Grenzen Vielheit akzeptiert werden kann und ab wann Vielheit „gerahmt“ werden muss. Dabei wurde vermehrt auf das Grundgesetz verwiesen, welches in seiner Form gesellschaftliche Normen und Werte verfestigt und damit einen verbindlichen Rahmen für alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland schafft. Im Rahmen des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND

Sarah Duryea

September 2014

<http://www.kas.de/thueringen/de/events/59891/>

wurden Beispiele der friedlichen Gemeinschaft von Religionen beschrieben, die in Städten wie Jerusalem, Athen, Rom praktiziert wurden und die dort in einer interessanten Spannungen friedlich koexistierten. In diesem Kontext wurde auch das Thema des Laizismus als eine Möglichkeit des Zusammenlebens für Europa diskutiert. Folgend wurde das Thema Dekulturation als ein möglicher Mechanismus der Aushöhlung der Religionen besprochen. Dieser Mangel an Kultur zeigt sich darin, dass Menschen zunehmend ehrfurchtsarm, sehnsuchts- und erwartungsreich gegenüber ihren Institutionen agieren. Das Stoppen dieser Dekulturation könne, so wurde angemerkt, nur durch die betreffenden Akteure der Institutionen, also der Religionen selbst bearbeitet werden und folglich nicht in den Aufgabenbereich einer politischen Steuerungsgruppe oder der Wissenschaft fallen.

Bezogen auf Europa wurde die Frage der gemeinsamen Werte diskutiert und damit auf der einen Seite die Frage der Annahme der möglicherweise fremden Kultur oder auf der anderen Seite die Frage der Öffnung des Staates gegenüber der Vielfalt seiner Bürger. Dabei kam auch die Frage auf, ob der Staat bzw. die Religion die Berechtigung hat, Erwartungen an seine bzw. ihre Mitglieder zu stellen oder ob dies nur ein einseitiges Bündnis ist.

Auch die Sprache als sinnstiftendes Element einer Gesellschaft wurde in dem Kontext diskutiert, ob für Europa eine einheitliche Verkehrssprachen wünschenswert sei und ob dadurch eher eine gemeinsame Basis der Verständigung entstehe oder doch eher der Verfall der Individualität der jeweiligen Gesellschaften. Als praktisches Beispiel wurde das Thema Übersetzung in europäischen Institutionen besprochen

Das zweite Panel stand unter dem Thema ‚Reich an Wünschen, arm an Ressourcen, Europa im Wettbewerb um die Rohstoffe der Welt‘..

Tanja Gönner, Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), betonte, dass die Verfügbarkeit von Rohstoffen entscheidend ist für Deutschlands aber auch Europas Zukunft. Mit Beginn der Industrialisierung stieg die Nutzung der Rohstoffe stetig und legte Grundsteine für einen freien Welthandel. Man muss sich, so Gönner, jedoch darüber bewusst werden, ob der Zugang zu natürlichen Rohstoffen auch militärisch durchsetzbar sein sollte. Die Europäische Union hat bisher bewusst auf Diplomatie und nicht auf militärische Stärke gesetzt in dieser Thematik. Gönner verwies in diesem Zusammenhang besonders auf die Entstehungsgeschichte der EU, welche auf der Montanunion aufbaute. Auch dabei setzte man auf Diplomatie und kann heute eine hochleistungsfähige Wirtschaft in Deutschland und der EU beobachten. Deutschland hat in der Gegenwart ein besonderes Interesse an friedlichen Lösungen, da man bei bestimmten energetischen Rohstoffen wie zum Beispiel Erdgas und –öl verwundbar sei, argumentierte Gönner. Man müsse sich nicht nur um strategische Speicher Gedanken machen, sondern auch abwägen, ob diese Abhängigkeit den Frieden gefährden könnte.

Entgegen einer allgemein verbreiteten Meinung, sei ein Rohstoffmangel jedoch in weiter Ferne, so Tanja Gönner. Man muss unabhängig davon, jedoch eine gemeinsame Transparenz und geregelte Verteil-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

Sarah Duryea

September 2014

<http://www.kas.de/thueringen/de/events/59891/>

lung für Rohstoffhandel entwickeln. Gönner zufolge ist die Anknüpfung Afrikas an die Wertstoffkette ein wichtiger Schritt, um auch unter anderem Preisschwankungen und künstliche Verknappungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Gönner nannte drei wichtige Punkte im Zusammenhang mit dem Rohstoffhandel und der Energienutzung: zum einen müsse man politische Maßnahmen ergreifen, um die eigene Außenpolitik mit derer anderer Länder zu verknüpfen; es müsse eine bessere Versorgung der EU geben, hierbei ist vor allem an Eigenversorgung gedacht; und man müsse des Weiteren versuchen die Energienutzung der EU zu verringern.

Gönner verwies auf die Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei, welche 2011 vereinbart wurde. Diese beinhaltet die Beratung des Landes, die Ausbildung von Fachpersonal und eine deutsch-mongolische universitäre Einrichtung. Weiter wurde anhand des Trans-Dot-Acts, dem Abkommen zum Nachweis des Ursprunges von Rohstoffen, über die Ambivalenz, gerade für die Entwicklungsländer wie sie u.a. auf dem afrikanischen Kontinent zu finden sind, zwischen Transparenz, die das Abkommen bringt und der Gefährdung der Arbeitsplätze vor Ort, weil die Standards des Abkommens nicht eingehalten werden können oder auch wie wichtig es in diesem Kontext ist die Balance zwischen Regulation und der Nichtbehinderung von Wachstum zu gewährleisten, diskutiert. Abschließend verdeutlichte Gönner noch einmal, dass die Belastung anderer Regionen durch Konflikte jeglicher Art auch Europa beträfe. Man müsse einer solchen Belastung mit Diplomatie entgegentreten, damit die europäische Sicherheit gewahrt werden kann.

Prof. Dr. Hans-Joachim Kümpel, Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, führte aus, dass jeder Deutsche ca. 40 kg Rohstoffe pro Tag nutzt. Er verwies daraufhin weitergehend, dass Deutschland, gegensätzlich zu einigen Meinungen, reich an Rohstoffen wie beispielsweise Sand und Kies ist und lediglich einen Mangel an Metallen ausgleichen muss. Diese Metalle seien jedoch von besonderer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, welche zu fast 100% abhängig ist von Importen. Diese belaufen sich auf ca. 150 Milliarden Euro pro Jahr, während ca. 20 Milliarden Euro durch Produktion und Verarbeitung von Rohstoffen eingebracht wird.

Tanja Gönner zusprechend argumentierte Prof. Dr. Kümpel weiter, dass es eine gute geologische Verfügbarkeit von Rohstoffen gebe und keinen Mangel, wie allseits verbreitet. Weiterhin erläuterte er, dass innovative Ideen der Rohstoffgewinnung wie bspw. der Tiefseebergbau oder das Schiefergasfracking und die Notwendigkeit dieser Rohstoffförderung für die Autonomierückgewinnung von Deutschland, bei gleichzeitiger Umweltverträglichkeit, sehr wichtig ist. Denn die Energiewende und der sehr geringe Anteil an Eigenförderung steigert die Abhängigkeit Deutschlands von anderen Staaten und deren Rohstoffe, vor allem im Energiesektor. Vertiefend erklärte Prof. Dr. Kümpel, dass viele Rohstoffe lediglich noch unbekannt seien, da man zurzeit entweder noch nicht die technischen Möglichkeiten oder die wirtschaftlichen Zwänge hätte, nach neuen Rohmaterialien zu forschen. Der knappste Rohstoff, resümierte Prof. Dr. Kümpel, sei jedoch die Akzeptanz.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

Sarah Duryea

September 2014

<http://www.kas.de/thueringen/de/events/59891/>

Die Frage nach der Erreichung dieser Akzeptanz bewegte die folgende Diskussion sehr, besonders im Zusammenhang mit Fracking. Prof. Weidenfeld empfahl ‚Smart Power‘ zu nutzen, eine Kooperation zwischen Wissenschaftlern, Politikern und der Gesellschaft.

Prof. Dr. Kümpel erläuterte, dass Zusammenarbeit in einem harmonischen Kontext stattfinden sollte und man sich momentan schon fragen müsse, ob eben diese Kooperation mit Russland durch Putins Aggressionen in Gefahr sei. Er betonte allerdings auch, dass mögliche Konflikte zwischen Rohstofflieferanten, wie zum Beispiel am aktuellen Ukraine-Russland Konflikt zu erkennen ist, für Europa ein Problem darstellen könnten. Ein Wettbewerb der Systeme fände statt, in welchen man gegebenenfalls auch Konditionen stellen müsse. Diese Systemfrage verdeutlichte Prof. Dr. Kümpel an seinem Beispiel, dass Deutschland momentan versucht nachhaltige Versorgung zu sichern, während China diesen Ansatz nicht verfolgt. Länder wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich haben geopolitische und wirtschaftliche Interessen. Deutschland selbst auch, hätte aber in der Welt ein hohes Ansehen, sodass deutsche Vertreter oft als Vermittler in Interessenkonflikten innerhalb und außerhalb des Wertesystems agieren.

Zusammenfassend erläuterte Prof. Dr. Kümpel das Thema Fracking noch einmal und betonte, dass man Themen wie dieses korrekt einschätzen müsse, damit sich kein negatives Bild in den Köpfen der Bevölkerung einprägt. Hierbei stellte er den Sorgen des Publikums, klare Fakten entgegen, bspw., dass Fracking in Deutschland bereits ca. 1000-mal durchgeführt wurde und bisher keine Vorfälle, wie kleinere Erdbeben oder ähnliches bekannt geworden sind. Dr. Piepenschneider nannte in diesem Zusammenhang das Geschäftsmodell eines so genannten „Shitstorms“, welche genutzt wird um verfälschte Botschaften an eine Masse zu senden. Man muss sich von Anfang an Gedanken machen, wie man seine Kommunikation gestalten sollte, um negative Ansichten wie zum Beispiel momentan passierend bei Fracking oder Chlorhühnchen zu vermeiden. Bestimmte Begriffe hätten eine Eigendynamik, die, wenn sie in die falsche Richtung geht, irreparable Schäden für ein Unternehmen mit sich bringen kann.

Am zweiten Tag stand Panel 3 unter der Leitfrage ‚Die Gefahr aus dem Netz. Wie wollen wir in Zukunft sicher leben?‘..

Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Mitglied des Präsidiums Cyber-Sicherheitsrat Deutschland und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München, argumentierte, dass man die politischen kulturellen Grundlagen pflegen müsse. Den Begriff der 80er Jahre, ‚Eurosclerose‘, stellte er in den Mittelpunkt und fragte sogleich, wie man die EU retten könne und müsse. Seine Antwort war eindeutig, dass man eine Herausforderung bräuchte, welche identitätsstiftend ist und das kann entweder durch Neuordnung der Sicherheit oder die Vollendung des Binnenmarktes geschehen. Die bisherige Sicherheit wurde meist durch Abschreckung erzeugt, betonte Weidenfeld. Allerdings gibt es heute neue Kriegsformen wie zum Beispiel durch bewaffnetes Militär ohne Hoheitsabzeichen, so genannte ‚grüne Männchen‘, welche die bisherigen Regeln

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND

Sarah Duryea

September 2014

<http://www.kas.de/thueringen/de/events/59891/>

des Krieges grundlegend veränderten. Terrorismus beschrieb Prof. Dr. Weidenfeld als nicht risikokalkulierend, sondern als eine paradieische Verheißung für seine Beteiligten. Die neue Dimension des Cyber erschwert die Lage unermesslich, da es nahezu unmöglich ist, seinen Feind oder gar seine Lage zu kennen. Mit einem Mal, so Prof. Dr. Weidenfeld, könne man die Atomwaffe auslösen, wenn man sich in das System ‚einhacken‘ könne. Hierbei muss zwischen der staatlich betriebenen und der in Wirtschaftskreisen betriebenen Cybersicherheit, aufgrund der deutlich geringeren personalen Ressourcen im staatlichen Bereich, unterschieden werden. Andere Staaten haben bereits in ihre hoheitlichen Aufgaben das Thema Cybersicherheit integriert. Dies spiegelt sich zum Beispiel darin wieder, das Israel Cybersicherheit als ein Abiturfach implementiert hat und das es an Universitäten Fachbereiche zu diesem Thema gibt. Es ist ebenfalls notwendig, dass Unternehmen mehr Mitarbeiter einstellen, die sich primär um Cyberschutz kümmern. Besonders gravierend nannte Prof. Dr. Weidenfeld auch die Verschiedenheit der Angriffe im Netz, so zum Beispiel die ‚Lahmlegung‘ Estlands oder ein Virus gegen das iranische Atomprogramm. Positiv erwähnte er im Gegensatz dazu, dass Deutschland bereits Schritte wie ein IT Sicherheitsgesetz und die digitale Agenda eingeleitet hat. Momentan sei die politische Reaktion jedoch noch zeitverschoben und unscharf und man benötige internationale Aktivität, um das deutsche Bedürfnis nach Sicherheit sowohl im Inland als auch im Ausland zu fördern.

Arne Schönbohm, Präsident des Cyber-Sicherheitsrates Deutschland und Vorstand BSS AG Berlin, erläuterte dass sich das Wissen mittlerweile alle 7 Jahre verdoppelt und die Politik größtenteils nicht an diesen Wissenszuwachs angepasst ist. Auf Tatsachen wie digital money oder cyber haven, gebe es momentan keine Antworten. Man müsse auch, so Schönbohm, davon absehen eine Trennung zwischen Cyberwar und Cyberkriminalität ziehen zu wollen. Alltagskriminalität findet mittlerweile auch digital statt und kann einen Cyberwar ausarten, welcher ganze Infrastrukturen ausschalten kann. Staaten sind dagegen noch hilflos und können lediglich zuschauen, da es insgesamt schwierig ist überhaupt den Schaden zu erkennen.

Besonders alarmierend ist für Schönbohm, dass 12 Mitglieder der EU bisher keine Cyberstrategie entwickelt haben. Man verschleife damit die Zukunft, und müsse aufhören zu reden und beginnen zu handeln, sagte er weiter. Das Internet darf kein strafrechtsfreier Raum bleiben und man müsse Geld für die digitale Agenda aufbringen, fasste Schönbohm zusammen.

Auf die Nachfrage, was denn genau geschützt werden müsse, erläuterte Schönbohm, dass ein außerordentlich differenzierter Definitionsprozess von Sicherheitsgütern angestoßen werden, der zudem international gedacht und praktiziert werden muss. Die Vernetzung ist unaufhaltbar und gerade deshalb braucht das Internet Überwachung und muss zu einem strafrechtlichen Raum werden, argumentierte Schönbohm. Außerdem muss ein kulturelles Verständnis für diese neue Form der Gefahr erwachen. Die Frage nach dem Grund, weshalb jemand als Hacker agiert, beantworteten die Referenten mit der Frage nach der Moral und Werten wie Bildung, Elternhaus und die Unter-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DEUTSCHLAND

Sarah Duryea

September 2014

**[http://www.kas.de/thueringen/
de/events/59891/](http://www.kas.de/thueringen/de/events/59891/)**

scheidung von Richtig und Falsch. Das moralische Gerüst verändere sich jedoch. Des Weiteren wies ein Teilnehmer daraufhin, dass man heutzutage förmlich gezwungen sei, dass Internet zu nutzen. Die Vernetzung ist in vielen Bereichen schneller und günstiger, so Schönbohm. Die Themen Datenschutz und Sicherheit sind jedoch differenziert zu betrachten und können nicht gleichgesetzt werden. Denn bei Produkten wie Smarthealth oder Facebook wird dem Datenschutz durch die Nutzer zugestimmt und von den Firmen auch eingehalten. Dies bedeutet aber nicht, dass nicht mit den Daten gehandelt wird. Denn heutzutage, dass sollte erkannt werden, zahlt man in scheinbar kostenlosen Angeboten nicht mit Geld, aber mit seinen persönlichen Daten.

Dr. Martin Hoch, Sicherheitspolitischer Experte der Konrad-Adenauer-Stiftung, resümierte die Veranstaltung und fasste die wichtigsten Punkte der Tagung noch einmal zusammen. (Das Resümee lesen Sie hier (<http://www.kas.de/wf/doc/13933-1442-1-30.pdf>))

Das Schlusswort hielt wiederum Dr. Heiner Emrich, Vorsitzender im CV-Rat und des AHB-Vorstandes. Er erinnerte noch einmal, wie wichtig die Wahrung von Frieden ist, dankte allen Referenten, Teilnehmern und Mitwirkenden!